

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1998



Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung
Drucksache 12/2400

**Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Wissenschaft und Forschung**

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 06 wird mit den in der Anlage zum Bericht genannten Änderungen angenommen.

Bericht

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat den Entwurf des Einzelplans 06 für das Haushaltsjahr 1998 in seinen Sitzungen am 25. September, 23. Oktober und 27. November 1997 beraten.

Der Etat für die Deutsche Sporthochschule Köln - Kapitel 06 510 - wird gleichfalls im Sportausschuß beraten, da die Sporthochschule auch in die Fachkompetenz dieses Ausschusses fällt. Der Sportausschuß wird ggf. ein eigenes Votum hierzu abgeben.

Die zu der Abstimmungssitzung am 27. November 1997 von den Koalitionsfraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam gestellten Änderungsanträge sind in der **Anlage 1** dargestellt. Der Antrag der Fraktion der CDU ist als **Anlage 2** beigelegt. In der Abstimmungssitzung wurde der Vorschlag der Ministerin für Wissenschaft und Forschung zur Verteilung der sog. Topfstellen von allen Fraktionen zum gemeinsamen Antrag erhoben. Er ist ebenfalls in Anlage 1 unter lfd. Nr. 3 dargestellt.

Vor der Abstimmung gab die Fraktion der CDU zu bedenken, ob nicht auch die dem Landtag kurz vor der Sitzung zugeleitete Ergänzung der Landesregierung (Drucksache 12/2580) zum Haushaltsentwurf 1998 Berücksichtigung finden müsse. Hierzu wurde von den Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgestellt, daß Grundlage der jetzigen Abstimmung im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung ausschließlich der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1998 (Drucksache 12/2400) und die dazu eingebrachten Änderungsanträge seien. Es wurde darauf verwiesen, daß der federführende Haushalts- und Finanzausschuß davon ausgehe, daß die Ergänzungsvorlage erst nach den jetzt abgeschlossenen Etatberatungen behandelt wird.

Zu der von der Fraktion der CDU monierten fehlenden Deckung der Koalitionsanträge, bei denen sich die CDU in der Einzelabstimmung folglich enthalten werde, führte die SPD-Fraktion aus, daß es eine globale Deckung der Anträge gebe, die im Haushalts- und Finanzausschuß eingebracht werde.

Nach erfolgter Einzelabstimmung, deren Ergebnis in den Anlagen wiedergegeben ist, nahm der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung den Entwurf des Einzelplans 06 mit den beschlossenen Änderungen gemäß Anlage 1, mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU an.

Sofern zu den einzelnen Änderungsanträgen schriftliche Begründungen abgegeben wurden, sind diese mit in den Anlagen dargestellt.

Im Ausschuß bestand Einvernehmen darüber, die **Landesregierung** zur Umsetzung der beschlossenen Änderungen in die haushaltsrechtlich richtige Form zu **ermächtigen**, die sich aus den Personalbeschlüssen ergebenden Änderungen in den Veränderungsnachweis einzustellen und im übrigen die Beschlüsse haushaltsrechtlich umzusetzen.

Ingrid Fitzek
Vorsitzende

Anlagen

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
zum Haushaltsgesetz 1998
zum Einzelplan 06
- Personalhaushalt -

Anlage 1 zu Vorlage 12/1714

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 020 - Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 63 - Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich Titel 429 63 - Personalausgaben (S. 48, Band 1)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 558.000 DM um 125.000 DM auf 683.000 DM</p> <p>Begründung: Mit den zusätzlichen Mitteln soll die Arbeit der Frauenbeauftragten gestärkt und die Durchführung von Projekten, Veranstaltungen etc. unterstützt werden.</p> <p>Siehe hierzu auch lfd. Nr. 6</p>	<p>angenommen einstimmig SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja</p> <p>- zusammenhängend mit lfd. Nr. 6 als einheitlicher Antrag abgestimmt -</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 040 - Forschungsförderung Titelgruppe 72 - Maßnahmen zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich Titel 429 72 - Personalausgaben (S. 176, Band 1)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 1.900.000 DM um 625.000 DM auf 2.525.000 DM</p> <p>Begründung: Programm zur finanziellen Absicherung von Unternehmensgründungen aus Hochschulen (PFAU)</p> <p>Um in das in Universitäten und Fachhochschulen steckende Innovationspotential stärker für Unternehmensgründungen zu nutzen, soll das PFAU-Programm ausgedehnt werden. Mit diesem Programm wird Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen ermöglicht, aus einer Halbtagsbeschäftigung an der Hochschule eine Unternehmensgründung vorzubereiten. Die derzeit vorhandenen Mittel reichen nur aus, um 15 Neugründungen pro Jahr über einen Zweijahreszeitraum zu finanzieren.</p> <p>Siehe hierzu auch lfd. Nr. 9</p>	<p>angenommen</p> <p>einstimmig SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja</p> <p>- zusammenhängend mit lfd. Nr. 9 als einheitlicher Antrag abgestimmt -</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 110 - Hochschulen Allgemein Titelgruppe 64 - Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der Neustrukturierung des Hochschulwesens einschließlich des Medizinbereichs und der Konzentration und Neuordnung von Studiengängen/Studienangeboten (S. 280, Band 1)</p> <p>Absetzung von noch aufgekomenen 3 Planstellen und 3 Stellen und Verwendung dieser Planstellen und Stellen sowie Umwidmung einer Stelle für Angestellte gemäß Vorlage 12/1657 (s. A n h a n g)</p>	angenommen einstimmig

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
zum Haushaltsgesetz 1998
zum Einzelplan 06
- Sachhaushalt -

Anlage 1 zu Vorlage 12/1714

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 020 - Allgemeine Bewilligungen Titel 681 30 - Graduiertenförderung (S. 42, Band 1)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 3.447.000 DM um 1.000.000 DM auf 4.447.000 DM</p> <p>Die Erläuterungen werden um folgenden Satz 2 ergänzt:</p> <p>"Von den zur Verfügung stehenden Mitteln sollen 50 % für die Förderung von Frauen verwendet werden."</p> <p>Begründung: Die Zukunftssicherung unseres Landes hängt entscheidend von der Qualität seiner wissenschaftlichen Infrastruktur und seiner akademischen Institutionen ab. In diesem Zusammenhang kommt der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eine entscheidende Bedeutung zu, insbesondere vor dem Hintergrund, daß etwa die Hälfte der Professuren pensionsbedingt bis zum Jahr 2005 frei wird. Um den geringen Anteil von Frauen an Professuren zu erhöhen, soll festgelegt werden, daß die Hälfte der eingesetzten Mittel für diesen Zweck eingesetzt werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>einstimmig SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 020 - Allgemeine Bewilligungen Titel 681 40 - Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit dem Schwerpunkt Frauen (S. 42, Band 1)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 5.000.000 DM um 750.000 DM auf 5.750.000 DM</p> <p>Begründung: Etwa die Hälfte der Professuren wird pensionsbedingt bis zum Jahr 2005 frei. Um besonders Frauen die Chance zu eröffnen, in diese Berufspositionen einzurücken, ist es jetzt notwendig, die Maßnahmen zur Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses zu verstärken.</p>	<p>angenommen</p> <p>einstimmig</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 020 - Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 63 - Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich Titel 547 63 - Sächliche Verwaltungsausgaben (S. 48, Band 1)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 921.000 DM um 125.000 DM auf 1.046.000 DM</p> <p>Zur Begründung vgl. lfd. Nr. 1</p>	<p>angenommen</p> <p>einstimmig</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja</p> <p>- zusammenhängend mit lfd. Nr. 1 als einheitlicher Antrag abgestimmt -</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 024 - Hochschulsonderprogramm (HSP) III Titel 526 10 - - neu - (S. 96, Band 1)</p> <p>Zweckbestimmung: "Gutachten Frauenhochschule"</p> <p>Der neue Titel wird mit einem Ansatz von 100.000 DM eingerichtet.</p> <p>Erläuterungen: "Es sollen spezifische juristische Fragestellungen, die mit der möglichen Errichtung einer Frauenhochschule zusammenhängen, zusätzlich geprüft werden.</p> <p>Begründung: Internationale Erfahrungen mit Frauenhochschulen haben gezeigt, daß diese Institution einen relevanten Beitrag zum Abbau der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern leisten kann. Die mögliche Errichtung einer Frauenhochschule in NRW sollte deshalb umfassend gutachterlich geprüft werden. Dazu ist neben der gezielten Auswertung der Erfahrungen in anderen Ländern auch die Thematisierung juristischer Fragestellungen notwendig.</p>	<p>angenommen</p> <p>einstimmig</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 040 - Forschungsförderung Titelgruppe 71 - Ausgaben im Rahmen des Innovationsprogramms Forschung Titel 812 71 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland (S. 174, Band 1)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 5.400.000 DM um 4.500.000 DM auf 9.900.000 DM</p> <p>Begründung: Das Innovationsprogramm Forschung fordert die Hochschulen auf, Problemlösungen für ausgewählte, ökonomische, ökologische, technologische, soziale, kulturelle und gesundheitspolitische Schlüsselfragen zu entwickeln und in einem umfassend angelegten Wissens- und Technologietransfer einzubringen. Zur Weiterentwicklung des Programms sind neue Leitthemen zu konzipieren, wobei insbesondere Problemfelder in den Materialwissenschaften als Schlüsseltechnologien aufzuarbeiten sind. Außerdem sollen im Rahmen des Innovationsprogramms zusätzliche Forschungsschwerpunkte an Fachhochschulen eingerichtet werden. Damit sollen Impulse in der anwendungsnahen Forschung gesetzt werden, die vor allem für innovative KMU von Bedeutung ist. Insgesamt sollen zusätzliche Mittel in Höhe von 4,5 Mio DM bereitgestellt werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>einstimmig</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 06 040 - Forschungsförderung Titelgruppe 72 - Maßnahmen zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich Titel 547 72 - Sächliche Verwaltungsausgaben (S. 176, Band 1)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes von 415.000 DM um 125.000 DM auf 540.000 DM</p> <p>Zur Begründung vgl. lfd. Nr. 2</p>	<p>angenommen einstimmig SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja</p> <p>- zusammenhängend mit lfd. Nr. 2 als einheitlicher Antrag abgestimmt -</p>

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

SPD	nein
CDU	ja
Grüne	nein

Antrag

**der CDU-Fraktion zu den Haushaltsberatungen
im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung am 27.11.1997**

Zukunftsinvestitionen für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung möge beschließen:

Dem Haushalts- und Finanzausschuß wird empfohlen, im Rahmen eines Investitionsprogramms für 1998 folgende zusätzliche Mittel für den Wissenschaftshaushalt zu beschließen:

- 200 Mio. DM für den Hochschulbau, insbesondere für die Sanierung der desolaten Bausubstanz an zahlreichen nordrhein-westfälischen Hochschulen
- 50 Mio. DM zur Reduzierung des Investitionsstaus bei der Geräteausstattung und den Bibliotheken.

Zur Begründung und Finanzierung wird auf den in der Plenarsitzung vom 19.11.1997 an den Haushalts- und Finanzausschuß zur abschließenden Beratung und Abstimmung überwiesenen Antrag der CDU-Landtagsfraktion Drucksache 12/2556 verwiesen.



Manfred Kuhmichel MdL

10.11.1997

Antrag

der Fraktion der CDU

Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Haushaltssituation in NRW hat sich in den vergangenen Jahren weiterhin verschlechtert. Insbesondere der Investitionshaushalt des Landes hat hierunter erheblich gelitten. 1980 wurden in NRW noch 22,4% des Haushaltsvolumens für Investitionen genutzt, 1997 sind dies nur noch 10,5%. Fast ein Drittel dieser Investitionsmittel sind Gelder des Bundes, die dem Land für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Die deutschen Flächenländer (alt) ohne NRW nutzten im Jahr 1997 13,1% ihres Haushaltsvolumens für Investitionen. In Bayern betrug die Investitionsquote 17,5%, der Bund investierte 13,6%. Um nur den Durchschnitt der alten Flächenländer zu erreichen, müßte NRW seinen Investitionshaushalt 1998 um rd. zwei Milliarden. DM aufstocken.

Durch die Vernachlässigung des Investitionshaushalts sind gigantische Investitionsstaus entstanden, die zur Lähmung des Landes beitragen und eine erhebliche Erblast für die nachfolgenden Generationen bedeuten. Neben dem Schuldenabbau ist die Stärkung des Investitionshaushalts daher die dringlichste Aufgabe der nordrhein-westfälischen Finanzpolitik. Die Stärkung der Investitionskraft des Landes ist im übrigen auch geboten, um die Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens zu stärken und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Durch eine Milliarde DM Investitionen werden rd. 12.500 Arbeitsplätze direkt geschaffen und gesichert. Hinzu kommen weitere 1.000 - 1.500 Arbeitsplätze durch sekundäre Beschäftigungseffekte. 80% dieser Arbeitsplätze können nach Erhebungen des Bundes mit bislang erwerbslosen Arbeitskräften besetzt werden. Eine Verringerung der Zahl der Erwerbslosen und die damit korrespondierende Zunahme der Steuerzahler wirkt sich schließlich wiederum durch höhere Steuereinnahmen positiv auf den Landeshaushalt aus.

Datum des Originals: 10.11.1997/Ausgegeben: 10.11.1997

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

2. Größere und bedeutende Investitionsstaus bestehen in NRW insbesondere in folgenden Bereichen:

- Die Straßen des Landes sind in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden. Für den Unterhalt, den Erhalt, den Um- und Ausbau sowie den Ausbau von Landesstraßen ist ein Investitionsstau in Höhe von 1,5 Mrd. DM entstanden.
- Viele Kommunen sind nach dem Rückzug des Landes aus der ehemals gewährten Komplementärfinanzierung nicht mehr in der Lage, Mißstände und Schäden im Bereich des kommunalen Verkehrsnetzes zu beheben. Dadurch sind in etlichen Kreisen, Städten und Kommunen hohe Investitionsstaus entstanden.
- Die 25 nicht bundeseigenen Eisenbahnen in Nordrhein-Westfalen haben herausragende Bedeutung insbesondere für wirtschafts- und strukturschwache Gebiete. Die Investitionszuschüsse des Landes für den Erhalt und den Ausbau dieser Eisenbahnen sind völlig unzureichend.
- In NRW existieren 450 Unternehmen der Bahntechnik mit über 60.000 Beschäftigten. Die mit der "Landesinitiative Bahntechnik" beabsichtigte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere mittlerer und kleinerer Unternehmen ist wegen zu geringer Investitionszuschüsse des Landes nur höchst unzureichend möglich.
- Investitionen für den Ausbau und die Erneuerung von Flughäfen werden in NRW nur noch zur Verbesserung der Sicherheit und des Umweltschutzes getätigt. Darüber hinaus besteht jedoch insbesondere im Bereich der Regionalflughäfen erheblicher Ausbau- und Erneuerungsbedarf.
- Bei den Liegenschaften vieler nordrhein-westfälischer Kommunen besteht dringender Sanierungsbedarf, der aus eigener Finanzkraft oft nicht gedeckt werden kann. Dies gilt insbesondere für die Schulen, deren Bausubstanz vielerorts in desolatem Zustand ist.
- Für die Sanierung der Bausubstanz der nordrhein-westfälischen Hochschulen werden rd. vier Milliarden DM benötigt. Hinzu kommt ein Bedarf von weiteren 200 Mio. DM für die Sanierung und Modernisierung der bestehenden Studentenwohnheime.
- Beim Krankenhausbau besteht ein Investitionsstau von rd. 3,5 Mrd. DM. Neu-Um- und Erweiterungsbauten werden seit Jahren verschoben, die wesentliche Bausubstanz stammt aus den Nachkriegsjahren. Von den angemeldeten Maßnahmen können 1998 nicht einmal fünf Prozent berücksichtigt werden.
- Auch bei den Verwaltungsgebäuden des Landes besteht ein erheblicher Sanierungsstau, der auf rd. zwei Milliarden DM beziffert wird.

- Die technische und materielle Ausstattung der Hochschulen veraltet immer mehr. Bei der Geräte- und Maschinenausstattung sowie im Bereich der Universitätsbibliotheken haben sich riesige Investitionsstaus gesammelt, die Forschung und Lehre in NRW behindern.
- Im Bereich der Polizei geht die Ausstattung mit moderner Technik wegen zu geringer Investitionsraten viel zu langsam voran. Die im Jahr 1992 beschlossene Neuausstattung der Polizei mit Informations- und Kommunikationstechnik mit einem Gesamtvolumen von 400 Mio. DM soll im Jahr 2002 beendet sein. Die Polizeibehörden des Landes hätten zu diesem Zeitpunkt den Stand erreicht, der im Jahre 1992 für notwendig erachtet wurde. Es liegt auf der Hand, daß dieses Investitionstempo bei der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik vollkommen unzureichend ist.
- Die Ausstattung der Justiz mit moderner Informations- und Kommunikations-technik ist über Jahre hinweg vernachlässigt worden. Erst 1995 wurde ein 480-Mio.-Programm zur Modernisierung der Justiz beschlossen. 1998 ist hierfür eine Jahresrate in Höhe von 22 Mio. DM vorgesehen. In Anbetracht der Tatsache, daß die Durchführung dieses äußerst notwendigen Programms bei diesem Tempo mehr als 20 Jahre in Anspruch nehmen würde, ist eine Aufstockung dringend erforderlich.
- Schließlich bestehen weiter erhebliche Investitionsstaus im Bereich der Altlastensanierung. In NRW existieren derzeit mehr als 25.000 altlastenverdächtige Flächen. Für das Haushaltsjahr 1997 wurden Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 173 Mio. DM zu den Dringlichkeitslisten gemeldet, von denen allenfalls ein Viertel bedient werden können.

3. Zur Beseitigung der nordrhein-westfälischen Investitionsstaus sind zusätzliche Mittel zu mobilisieren. Im Rahmen eines Fünf-Jahres-Programms ist jährlich eine Milliarde DM zusätzlich dem Investitionshaushalt des Landes zuzuführen. Die zusätzlichen Mittel sind 1998 wie folgt auf die einzelnen Bereiche zu verteilen:

- Landesstraßenbau	+	200 Mio. DM
- kommunaler Straßenbau	+	22 Mio. DM
- Eisenbahnförderung	+	14 Mio. DM
- Landesinitiative Bahntechnik	+	4 Mio. DM
- Ausbau von Flughäfen	+	10 Mio. DM
- Investitionspauschale für Kommunen (Schulen)	+	50 Mio. DM
X - Hochschulbau	+	200 Mio. DM
- Krankenhausbau	+	200 Mio. DM
- sonstige landeseigene Gebäude	+	100 Mio. DM
- IuK-Technik für Polizei	+	25 Mio. DM
- IuK-Technik für Justiz	+	25 Mio. DM
X - Materielle Ausstattung der Hochschulen	+	50 Mio. DM
- Altlastensanierung	+	100 Mio. DM

4. Die Finanzierung des Investitionsprogramms erfolgt durch Veräußerung von entbehrlichem Landesvermögen und durch aktives Immobilienmanagement. So gehören Schätzungen der Verwaltungshochschule Speyer zufolge z.B. dem Land rd. 131.000 Hektar Grundbesitz im Wert von rd. 42 Mrd. DM. Das Land ist weiter Gläubiger von Forderungen in Höhe von 4,8 Mrd. DM. Schließlich verfügt NRW auch nach dem Verkauf der Lufthansa-Anteile und des Anteils am Flughafen Düsseldorf über erhebliches Beteiligungsvermögen. Hiervon schlägt alleine der 43,2%-Anteil an der WestLB mit mindestens 3,5 Mrd. DM zu Buche. Von diesem Anteil sollte sich das Land bis auf eine Sperrminorität von 25,1% trennen. Die zu veräußernden 18%-Anteile dürften einen Erlös von schätzungsweise 1,5 Mrd. DM erbringen.

Zur Finanzierung des Programms "Zukunftsinvestitionen für NRW" werden bis zum Jahr 2002 fünf Milliarden DM benötigt.

Die Deckung dieses Finanzbedarfs erfolgt aus folgenden Bereichen:

- 1,5 Mrd. DM aus dem Erlös von WestLB-Anteilen
- 1 Mrd. DM aus der Veräußerung von Forderungen
- 2,5 Mrd. DM aus aktivem Immobilienmanagement

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Das o.g. Investitionsprogramm im Rahmen einer Ergänzungsvorlage im Haushaltsentwurf 1998 zu verankern und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung fortzuschreiben.
- Die notwendigen Vorbereitungen für ein aktives Immobilienmanagement zu treffen, um die Finanzierung des Programms "Zukunftsinvestitionen für NRW" bis zum Jahr 2002 sicherzustellen.

Dr. Helmut Linssen

und Fraktion



Ministerium für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ministerin

An die
Vorsitzende
des Ausschusses für Wissenschaft
und Forschung
Frau Ingrid Fitzek MdL
Landtag NRW

40190 Düsseldorf



Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
Telefon
(0211) 896-04
Durchwahl
896 -
4324

Datum
29. Oktober 1997

Aktenzeichen bei Antwort bitte angeben

Z A 3 - 4020:98 -

Betr.: Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 1998 - Einzelplan 06 -

Bezug: Ausschlußberatung am 23.10.1997

hier: Kapitel 06 110 Titelgruppe 64 ("Topfstellen")

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

auch in diesem Jahr sind bei Kapitel 06 110 Titelgruppe 64 über den Regierungsentwurf hinaus weitere Stellen aufgekommen:

Kapitel 06 111 - Universität Bonn - :

1 Bes.-Gr. A 13 - StR i.H. - Mathematik - (NOK Nr. 78)

1 Bes.-Gr. A 14 - StR i.H. - Pädagogik - (A Nr. 21)

Kapitel 06 141 - Technische Hochschule Aachen - :

1 Bes.-Gr. A 13 - StR i.H. - Leibeserziehung - (NOK Nr. 137)

Kapitel 06 152 - Med. Einrichtung Bochum - :

1 Verg.-Gr. V c - DA 05 - Vorklinik - (MK Nr. 28)

Kapitel 06 212 - Med. Einrichtung Essen - :

1 Verg.-Gr. V c / VI b - DA 05 - Physiologische Chemie - (MK Nr. 7)

Anhang zu Vorlage 12/1714

Kapitel 06 690 - Fachhochschule Bochum - :

1 Lgr. 6 a - 5 - DA 01 - Bauingenieurwesen - (A Nr. 37)

Darüber hinaus soll eine Stelle der Verg.-Gr. I b / II a a.Z. für Abfallwirtschaft, die der Universität - GH Essen nach dem Regierungsentwurf zugehen sollte, anderweitig vergeben werden, da das Berufungsverfahren für die Professur für Abfallwirtschaft wider Erwarten vor kurzem gescheitert ist.

Für die somit insgesamt zur Verfügung stehenden 7 Stellen schlage ich folgende Verwendung vor:

Kapitel 06 121 - Universität Münster - :

1 Planstelle der Bes.-Gr. C 3 - Univ. Prof. - "Moderne niederländische Literatur" -

Kapitel 06 160 - Universität Dortmund -:

1 Planstelle Bes.-Gr. C 3 - Univ. Prof. - "Schulentwicklungsforschung" -

Kapitel 06 181 - Universität Bielefeld - :

1 Planstelle Bes.-Gr. C 1 - Wiss. Assistent - "Gesundheitswissenschaft"

Kapitel 06 220 - Universität - Gesamthochschule Duisburg - :

1 Stelle Verg.-Gr. II a - Lektor - für Chinesische Sprache im Studiengang Ostasienwissenschaft -

Kapitel 06 670 - Fachhochschule Aachen - :

1 Stelle Verg.-Gr. I b / II a (Mitarb. § 40 a FHG) - für Ausbildungspartnerschaften -

Kapitel 06 710 - Fachhochschule Dortmund - :

1 Stelle Verg.-Gr. I b / II a (Mitarb. § 40 a FHG) - für Ausbildungspartnerschaften -

Kapitel 06 730 - Märkische Fachhochschule - :

1 Stelle Verg.-Gr. I b / II a (Mitarb. § 40 a FHG) - für Evaluation/Studienberatung

Mit freundlichen Grüßen



(Anke Brunn)

Finanzministerium

**Vorlage an den
Haushalts- und Finanzausschuß
des Landtags**

**Anlage zu Vorlagen 12/1714 - B
und 12/1737**

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1998

Einzelplan 06: **Ministerium für Wissenschaft und Forschung**

Anlage: **Änderungen in den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr / weniger DM	neuer Ansatz DM
06 020	Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung			
681 30	Allgemeine Bewilligungen Graduierfönerföderung Haushaltsvermerk unverändert Die Erläuterungen sind um folgenden Satz zwei zu ergänzen: Von den zur Verfügung stehenden Mitteln sollen 50 v.H. für die Förderung von Frauen verwendet werden.	3.447.000	+1.000.000	4.447.000
681 40	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit dem Schwerpunkt Frauen Haushaltsvermerk unverändert Verpflichtungsermächtigung unverändert	5.000.000	+750.000	5.750.000
TGr. 63	Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich Haushaltsvermerke unverändert	558.000	+125.000	683.000
429 63	Personalausgaben	921.000	+125.000	1.046.000
547 63	Sächliche Verwaltungsausgaben			

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr / weniger DM	neuer Ansatz DM
06 024	Hochschulsonderprogramm (HSP) III			
<u>526 10</u> neu	Gutachten Frauenhochschule Erläuterungen: Es sollen spezifische juristische Fragestellungen, die mit der möglichen Errichtung einer Frauenhochschule zusammenhängen, zusätzlich geprüft werden.	--	+100.000	100.000
06 040	Forschungsförderung			
TGr. 71	Ausgaben im Rahmen des Innovationsprogramms Forschung Haushaltsvermerke unverändert			
812 71	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen im Inland	5.400.000	+4.500.000	9.900.000
TGr. 72	Maßnahmen zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich Haushaltsvermerke unverändert			
429 72	Personalausgaben	1.900.000	+625.000	2.525.000
547 72	Sächliche Verwaltungsausgaben	415.000	+125.000	540.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr / weniger DM	neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 06</u>	1.680.990.600	-	1.680.990.600
	Gesamteinnahmen	8.528.914.300	+7.350.000	8.536.264.300
	Gesamtausgaben	445.499.700	-	445.499.700
	Verpflichtungsermächtigungen			